tend unter Preis.
-Reste-Geschäft
trauss,
rasse 6, I. Etage.

egen- u. Sonnenschirme
empfiehlt
Fritz Gödeke,
irgerweg 46 u. Neuenkirchenerstr. 11.
Ueberziehen u. Reparieren
gut und schnell. [1041

Ein gut erhaltener [1191
Kinder-Sitzwagen
verkaufen Karlstraße 20.

Schuhmacher-Geselle
uter Arbeiter, auf gleich gesucht.
56*] L. Höke, Gehrenberg 41.

Zwei tüchtige
Schuhmacher
für dauernde Arbeit bei hohem Lohn sofort gesucht. [1190
Verkaufshaus für Schuhwaren
J. Dessauer.

de Broschüren und halten wir
zu weitester Verbreitung

i Recht.
cher Bericht
Deutschen Reichstages
die
- und Koalitionsrechts.
0 Pfg.

ler Anklagebank.
er Bericht
andlung vom 29. Febr. 1896
ünchener Post" Ed. Schmidt
nd Unteroffiziere der bairischen
nee.
5 Pfg.
„Volkswacht".

verbreitung!
ge erschienen und in der Buch-
haben:
cht in Breslau.
eleidigung vor dem Landgericht
den 14. November 1895.
wort von W. Liebknecht.
(Porto 3 Pfg.)
gegenwärtigen Majestätsbeleidigungs-
Broschüre erhellt am besten daraus,
Auflagen nötig wurden.

emberkurs
Reichstag.
av. Preis 15 Pfg.
er diesjährigen Etatsdebatte ihre poli-
zu einer Diskussion über die Sozial-
gestaltet. Die Sedanhetze, die Maje-
ie neueste Regierungspolitik wird hier
hkeit abgehandelt und ist daher diese
Wortlaut wiedergegebenen Reden der
nann, Stumm rc., des Reichskanzlers,
von weitergehendem Interesse.

eitung empfohlen!
ge des „Vorwärts":
Meineidsprozeß.
anz Lütgenau.
reis 15 Pfg. Porto 5 Pfg.
en Kreise hat dieser Prozeß durch seine
as Geschworenen-Urteil Aufregung ge-
billigung gefunden, die in der Schrift
ischen Presse für spätere Zeiten registriert
er tiefen Klassenscheidung und Klassen-
chen Industriehölle, aus denen der Ver-
eser verständlich und begreift man es,
en Hinweis auf die Streiks rc. so offen
vorenen appellierte. Auf diesem Boden
ne typische Erscheinung. Aus den Ver-
elder beiwohnte, erbringt er den Beweis
r weitesten Verbreitung.
handlung „Volkswacht".

Abonnementspreis
für Bielefeld, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 1,60 Mk. vierteljährlich; durch die Post bezogen 1,80 Mk.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Erscheint wöchentlich sechsmal als Abendzeitung.

Für die Redaktion verantwortlich: Carl Hoffmann in Bielefeld.

Volkswacht

Organ für das arbeitende Volk.

Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg.
Bei größeren Aufträgen und Wiederholungen Rabatt.

Annoncen-Annahme bis 10 Uhr vormittags.

Druck und Verlag der Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" Schumann & Co., Bielefeld.

Nr. 106. Bielefeld, Donnerstag, 7. Mai 1896. 7. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

85. Sitzung vom 6. Mai 1896, 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Frhr. v. Hammerstein-Loxten.

Die zweite Lesung der Margarine-Vorlage wird fortgesetzt mit § 6, welcher nach den Kommissionsbeschlüssen bestimmt, daß in Räumen, in denen Butter oder Butterschmalz hergestellt, aufbewahrt, verpackt oder feilgeboten wird, die Herstellung, Aufbewahrung, Verpackung und das Feilhalten von Margarine verboten ist; ebenso ist bezüglich des Käses und Margarinekäses Trennung der Räume für die Herstellung, Aufbewahrung, Verpackung und das Feilhalten vorgeschrieben. Die Regierungsvorlage hatte die Trennung bezüglich der Räume für das Feilhalten nicht vorgesehen.

Abg. Schmidt-Warburg (Z.) beantragt, einen Absatz hinzuzufügen, nach dem Gastwirte, Restaurateure, Konditoren und Bäcker, welche sich zur Herstellung von Nahrungs- und Genußmitteln der Margarine bedienen, solches durch augenfälligen Anschlag in den Verkaufs- und Speiseräumen sowie auf dem Speisezettel kund zu geben haben.

Abgg. Herbert und Wurm (Soz.) beantragen, die Regierungsvorlage wieder herzustellen.

Abg. Schmidt-Warburg führt zur Begründung seines Antrages an, daß es zum Schutze des Publikums durchaus notwendig sei, auch die unlautere Verwendung von Margarine zu verhindern, wo die Konsumenten die Verwendung von Butter verlangen. Die Bestimmung werde sich ohne zu große Belästigung der Gastwirte durch polizeiliche Kontrolle durchführen lassen. Man brauche nicht zu befürchten, daß hinter jedem Kochtopf ein Polizist stehen müsse. (Heiterkeit.)

Abg. Herbert (Soz.): Wenn der Herr Vorredner gesagt hat, ungerechte Urteile kämen selten vor: wir haben andere Erfahrungen gemacht, sie kommen häufig vor. Redner, der wegen der im Hause herrschenden Unruhe sehr schwer zu verstehen ist, tritt für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage ein. Die kleinen Geschäftsleute werden, falls die Kommissionsfassung durchdränge, ungeheuer belästigt werden. Wollen Sie diese Bestimmung annehmen, die nichts nützt und viel schadet, so thun Sie es, tragen Sie aber auch die Folgen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Galler (südd. Vp.) spricht sich ebenfalls gegen die Annahme der von der Kommission vorgeschlagenen Verschärfung aus. Die Trennung der Verkaufsräume würde ohne besondere Härten gegen die kleinen Geschäftsleute gar nicht durchzuführen sein. Es sei befremdlich, daß eine solche Bestimmung gerade von den Parteien angeregt worden sei, die immer betonten, sie legten so großes Gewicht auf die Erhaltung des Mittelstandes, den Antrag Schmidt bitte er ebenfalls abzulehnen. Jede Erweiterung der polizeilichen Befugnisse komme lediglich der Sozialdemokratie zu gute.

Direktor im Reichsamt des Innern Schröder bittet ebenfalls um Ablehnung des Antrages Schmidt. Schon in der Kommissionsberatung sei darauf hingewiesen worden, daß der Nachweis, ob Margarine oder Butter zur Speisebereitung verwendet worden, ungeheuer schwierig sei, und daß die Bestimmung zu unnützer Belästigung der Geschäftsleute führen würde.

Abg. Benoit (freis. Vg.) macht auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die kleinen Geschäftsleuten aus der Trennung der Verkaufsräume erwachsen müßten. Wo der Kaufmann die Kunden allein bediene, müsse er den einen Raum zeitweise immer ohne Aufsicht lassen. Neben dem Schutz des Publikums und der Landwirtschaft scheine doch auch ein Schutz des Kaufmannsstandes gegen solche Belästigungen berechtigt.

Abg. Hilpert (bayr. Bauernbündler) tritt für den Antrag Schmidt ein, der die Leute schützen wolle, welche absolut keine Neigung hätten, Margarine zu genießen.

Geheimrat Bumm legt nochmals dar, daß die Kontrolle darüber, ob zur Bereitung von Speisen Margarine oder Butter verwendet werden sei, sehr schwer sein würde. Ohne Kontrolle habe die Annahme des Antrages aber keinen Sinn. Da in Deutschland über 60 000 Gastwirtschaften und mehr als 88 000 Bäckereien beständen, könne man sich selbst sagen, daß eine wirksame Kontrolle unmöglich sei. Dieselbe dürfte sich übrigens nicht auf die Margarine beschränken, sondern müßte auch auf andere Surrogate, z. B. auf Zichorie, ausgedehnt werden. (Sehr richtig! links.) Er bitte deshalb, dem Antrag Schmidt keine Folge zu geben.

Abg. Graf Bernstorff-Uelzen (Welfe) meint, der Kommissionsantrag stehe durchaus innerhalb des von der Regierungsvorlage gezogenen Rahmens des Gesetzes. Es solle doch Vorsorge getroffen werden, daß nicht Margarine für Butter untergeschoben werde. Dazu sei die Trennung der Verkaufsräume das wirksamste Mittel. Er befürchte von ihrer Durchführung noch keine übermäßige Belästigung der Geschäftsleute. Für den Antrag Schmidt, der viel zu weit gehe, könne er sich auch nicht erwärmen.

Abg. v. Plötz (kons.) hält die Annahme des Kommissionsantrages, wie des Antrages Schmidt für unbedingt notwendig, wenn der unlautere Wettbewerb der Margarine gegen die Butter wirksam bekämpft werden solle. In Belgien und in Frankreich hätten sich analoge Bestimmungen durchaus als ausführbar erwiesen.

Abg. v. Grand-Ry (Zent.) empfiehlt ebenfalls den Kommissionsantrag; den Antrag Schmidt kann er nicht für zweckmäßig halten. Er werde einen Schutz gegen die Verwendung von Margarine in Gastwirtschaften doch nicht bieten können.

Minister Frhr. v. Hammerstein weist darauf hin, daß der deutsche Landwirtschaftsrat zwar früher sich auf den gleichen Boden, wie der Antrag Schmidt, gestellt habe, später aber dahin Stellung zu der Frage genommen habe, daß von einer derartigen Maßnahme abzusehen sei, da sie unzweckmäßig und undurchführbar sein würde.

Abg. Dr. v. Kreyminski (Pole) bittet, den Antrag Schmidt abzulehnen. Seine Annahme würde dem Publikum keine Garantie bieten, wohl aber zu vielen Denunziationen gegen die Gastwirte von Seiten des Küchenpersonals führen.

Darauf wird die Diskussion geschlossen.

Abg. Schmidt-Warburg zieht seinen Antrag zurück.

Die Abstimmung über den Kommissionsantrag ist eine namentliche und ergiebt die Annahme desselben mit 151 gegen 113 Stimmen. Der Antrag Herbert ist damit erledigt.

Nach § 7 müssen Gefäße und Umhüllungen, in denen Margarine, Margarinekäse und Kunstspeisefett verkauft werden, die im § 1 vorgeschriebenen Bezeichnungen tragen, ebenso ohne Umhüllung feilgebotene Margarine oder Margarinekäse, außerdem in Würfelform gepreßt sein müssen. Gebinden und Kisten müssen außer der ersteren Bezeichnung die Firma des Fabrikanten tragen.

Abg. v. Grand-Ry beantragt, im letzteren Fall auch noch die Beifügung der der Qualität entsprechenden Fabrik-Originalmarke vorzuschreiben.

Abg. v. Podbielski (kons.) hält die äußerliche Kennzeichnung der Margarine für durchaus geboten, die hier gegebenen Vorschriften aber nicht für ausreichend, und kündigt daher für die dritte Lesung einen Antrag an dahingehend, daß Margarine nur in ovalen Gefäßen versandt werden darf. Das Butter-Exportgeschäft habe namentlich darunter leiden müssen, daß vielfach die Butter in unlauterer Absicht mit Margarine vermischt, aber doch als Butter ausgeführt wurde. Der deutschen Butter müsse daher ihr ehrlicher Name wiedergegeben werden. Deshalb müsse die Ausfuhr in anderen als ovalen Gefäßen verboten werden, sofern es sich nicht um reine Naturbutter handelt.

Minister Frhr. v. Hammerstein will sich zu dem erst in Aussicht gestellten Antrage nicht äußern, aber dem Hause mitteilen, daß nach amtlicher Mitteilung im englischen Parlament Angaben über Butter-Untersuchungen gemacht worden sind, nach denen von 713 Proben sich 98 als gefälscht erwiesen haben. Von letzterer stammten 70 aus Deutschland. Bei 27 Proben blieb die Echtheit fraglich. Von 700 holländischen Proben erwiesen sich 56 als gefälscht. (Hört, hört! rechts.)

Abg. v. Grand-Ry begründet seinen Antrag. Die genaue Bezeichnung der Qualität scheine ihm unbedingt notwendig, wenn man dem Publikum einen wirksamen Schutz gegen Uebervorteilung bieten wolle.

Abg. Benoit wendet sich gegen die Bestimmung, daß Margarine und Margarinekäse, wenn sie in regelmäßig geformten Stücken verkauft werden, nur in Würfelform sollen feilgehalten werden dürfen. Welcher Käse werde sich schwer in kubischer Form erhalten lassen.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.) glaubt nicht, daß die Polizei

Eine Bekehrung.

Roman von **Georges Renard.**

Autorisierte Uebersetzung von Marie Kunert.

32 [Nachdruck verboten.]

Dann waren die zweihundert Aktionäre, oder richtiger nur fünfzig von ihnen, welche die übrigen vertraten, in einem feinen Restaurant zusammengekommen und hatten, nach dem sie sich durch Wein gehörig gestärkt, einen Verwaltungsrat auf die Dauer von drei Jahren ernannt. Sie, die selbst mannigfach dekoriert waren, dienten wieder trefflich zur Dekoration des Unternehmens. Da waren Offiziere der Ehrenlegion, ehemalige Stadträte, Senatoren und Abgeordnete, ein General a. D., ein Herzog von altem Adel und selbstverständlich einige Finanzgrößen. Unter ihnen war auch der Baron, ebenso Herr Vernaud, Alfreds Vater. Hunderttausend Franks jährlich für zehn so vornehme Verwaltungsräte, das war sicher nur eine Bagatelle zu nennen.

Fast zu gleicher Zeit sah man riesige Anschläge sich über ganze Mauern in der Stadt ausbreiten:

Phosphate aus den Kordilleren.
Gesellschaft mit 40 Millionen Kapital.

Und darunter leuchteten grell in roten, halbfußlangen Buchstaben die Namen der ehrenwerten Verwaltungsräte. Darnach stießen die Zeitungen regelmäßig etwa einen Tag um den andern in die Reklametrompete. O diese Phosphate! Welche reiche Ernte sollte aus ihnen erblühen! Welch unerschöpfliches Reservoir immer neuen pflanzlichen Lebens! die ganze Erde konnte man mit ihnen fruchtbar machen! Ganze Gebirge waren von diesem edlen Stoffe vorhanden! Dann folgten chemische Analysen, Beschreibungen des Landes, Berichte südamerikanischer Ingenieure, fesselnde Details über die begonnenen Arbeiten, enthusiastische Artikel über den sicher zu erwartenden, ungeheuren Profit. Die Aktien stiegen an der Börse von Tag zu Tag. Man wußte, daß die Gesellschaft am Schluß des ersten Jahres eine hohe Dividende verteilt hatte. Fünfunddreißig Franks Gewinn auf hundert Franks! Das Geld hatte hier also 30 Prozent gebracht. Besser konnte man es nicht unterbringen.

Auch gab es auf die Aktien Prämien von 200 Franks. Das war der Moment, in dem Herr Bressucre, der Bankier der Frau Savenay, in dessen Händen sich ihr ganzes Vermögen — eine Million ungefähr — befand, dem Baron von Türkheim begegnete. Er bewunderte den Baron, dem er zu Dank verpflichtet war. Er spielte an der Börse, und dank den Ratschlägen des Herrn Barons hatte er mehr als einen guten Coup gemacht. Es war, wie wenn ein Fischlein hinter einem Haifisch herschwimmt und dabei immer einige kleine Abfälle erwischt. Diesmal nun hatte sich der Baron in ein rätselhaftes Schweigen gehüllt: er hatte gethan, als wollte er dieses ausgezeichnete Unternehmen für sich allein ausnützen. Auf eine Frage nach der Zukunft der Gesellschaft begnügte er sich, mit einem geheimnisvollen Lächeln zu antworten: „Die Aktien steigen noch immer!"

Das hatt Bressucre sich gesagt sein lassen. Er hatte gekauft und abermals gekauft, für sich und seine Kinder. Er war einer der Hauptaktionäre geworden und hatte die Freude, daß seine Papiere einen ganz außerordentlichen Kurs erreichten und die Dividenden immer neue Kunden anlockten.

Inzwischen hatte eine Neuwahl des Verwaltungsrates stattgefunden. Der Baron und Vernaud hatten unter dem Vorwand, daß sie ohnehin mit Arbeit überlastet seien, jede Wiederwahl abgelehnt, zum großen Bedauern der Versammlung. Der Baron hatte Herrn Bressucre an seiner Stelle vorgeschlagen, und der Stellvertreter wurde auch ohne Widerspruch angenommen.

In den folgenden drei Monaten sah man mit Verwunderung nach und nach eine große Menge Aktien der Phosphat-Gesellschaft den Markt überschwemmen. Wer verkaufte sie? Keiner wußte es. „Leute, die ein Interesse daran haben, die Kurse herabzudrücken," hatte der Baron gesagt, als man ihn um seine Meinung fragte. „Man muß dagegen ankämpfen." Und er selbst ging mit gutem Beispiel voran und kaufte einige Hundert Aktien. Bressucre hatte mehrere Tausend genommen. Dreimal hatte der geheimnisvolle Verkäufer sein Manöver wiederholt. Dreimal hatte Bressucre die Kurse gehalten. Im Kampfeseifer hatte er sein ganzes Vermögen und das seiner Kunden in die Aktien gesteckt.

Er hatte an Frau Savenay geschrieben: „Geben Sie mir Vollmacht, für Ihre Rechnung 600 Phosphataktien zu kaufen? Sehr gewinnbringendes Unternehmen. Ich garantiere Ihnen dafür."

Und Frau Savenay, die sich bisher immer ganz gut dabei gestanden, wenn sie ihn gewähren ließ, hatte ihm ohne Zaudern die nachgesuchte Vollmacht erteilt. Er triumphierte. Was hatte er dabei zu fürchten. Das Unternehmen war sicher. Die Haltung des Barons genügte ihm als Beweis dafür.

Ganz plötzlich tauchten da beunruhigende Gerüchte an der Börse auf. Es hieß, daß die berühmten Phosphatlager erschöpft, daß sie niemals etwas anderes als ganz gewöhnliche Erde gewesen seien. Die Kurse fielen mit Macht. Ein Artikel in einer Zeitung verkündete, daß, wie ein Reisender berichte, die Ausbeutung aus Mangel an Phosphaten ins Stocken geraten sei. Das Ganze entpuppte sich nach und nach als Schwindel. In zwei Tagen fielen die Aktien auf 600 Franks.

Bressucre besaß zehntausend Aktien. Davon hatte er zweitausend zahlbar Ende Januar gekauft. Das bedeutete für ihn einen Verlust von sechs Millionen, ohne die eine Million zweimalhunderttausend Franks zu rechnen, die am Fünfzehnten fällig waren. Was thun? Seine erste Regung war, zum Baron zu eilen, von dem er glaubte, daß er ebenso mitgenommen sei, wie er.

„Sie haben also Ihre Aktien noch?" sagte dieser mit dem größten Phlegma. „Das ist schlimm. Sie mußten es machen, wie ich! Verkaufen! Sich beizeiten zweifelhafter Papiere zu entledigen, das ist das A B C des Geschäfts, mein Lieber!"

Bressucre stand einen Moment wie vor den Kopf geschlagen. Erst allmählich begriff er die elende Machenschaft, der er zum Opfer gefallen war. Dieser unsichtbare Verkäufer, dieser maskierte Gegner, gegen den er gekämpft hatte, war der Baron selbst! Alles, was Bressucre verlor und was andere durch ihn verloren, hatte der Baron gewonnen. Er lachte bitter auf. Dann stieg ihm mit einem Male ein gewaltiger Zorn vom Herzen auf die Lippen.

„Schuft!" schrie er und ballte die Fäuste.

Sie vergessen sich, mein Lieber," sagte der andere und schellte.

(Fortsetzung folgt.)

streng darauf halten werde, daß die kubische Form vollkommen genau sei. Er bedaure, daß ein in der Kommission gestellt gewesener Antrag auf Erhebung einer Kontroll-Abgabe nicht wieder eingebracht worden sei. Er behalte sich vor, denselben seinerseits zur dritten Lesung einzubringen.

Direktor im Reichsamt des Innern Schröder will sich nicht für oder gegen den Antrag Grand Ry aussprechen, dessen Tragweite sich heute noch nicht übersehen lasse.

Abg. Wurm (Soz.): Weshalb soll der Margarineesser die Kontrollabgabe zahlen? Es kommt bei ihnen auf jeden Pfennig an. Da die ganze Kontrollabgabe die Exportbutter vor Verfälschung schützen soll, so lasse man doch die Butterproduzenten oder -Konsumenten die Abgabe zahlen. Bei den Getreidezöllen sollte es sich zunächst auch nur um eine Kontrollabgabe handeln, und wir wissen, was daraus geworden ist. Wollen Sie den Export der Butter befördern, so kontrollieren Sie die Buttersorten. Die Chikanierung der Margarine allein thut's nicht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Podbielski bestreitet, daß zur Exportbutter unverhältnismäßig hohe Prozentsätze von Salz zugesetzt werden. Nachteilig für den deutschen Butterexport sei die Unterschiebung von ausländischer Butter, für welche der Handel die schöne Bezeichnung „Faktoreibutter" erfunden habe, die aber im Auslande als deutsche Butter beurteilt werde. Ihm sei deshalb die Qualitätsbezeichnung sehr erwünscht.

Abg. v. Kardorff würde damit einverstanden sein, daß die von ihm befürwortete Kontroll Abgabe auch von Butter zu erheben sei, um nicht allein die Konsumenten der Margarine zu treffen, damit sein Vorschlag vom Abg. Wurm nicht weiter zu agitatorischen Zwecken ausgebeutet werden könne.

Abg. Wurm (Sozd.): Die Aeußerung, die Herr v. Kardorff eben gemacht hat, wird auch sehr günstig in Volksversammlungen wirken. Er sagte, die übrigen Staatsausgaben würden ja auch von der Arbeiterklasse getragen. Eben deshalb wollen wir nicht, daß sie auch noch diese Extraabgabe zahlen soll. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Weiß (freis. Vp.) glaubt nicht, daß Margarine in erheblichem Umfange zur Verfälschung von Butter verwendet werde; man verwende dazu minderwertige Butter.

§ 7 wird darauf mit dem Antrag Grand-Ry angenommen. — Die §§ 8 und 8a gelangen debattelos zur Annahme.

§ 9 ermächtigt den Bundesrat, das gewerbsmäßige Verkaufen und Feilhalten von Butter, deren Fettgehalt eine bestimmte Grenze nicht erreicht, oder deren Wasser- oder Salzgehalt eine bestimmte Grenze überschreitet, zu verbieten. — Die Kommission beantragt unveränderte Annahme.

Abg. Wurm beantragt die Bestimmung dahin zu ändern, daß das gewerbsmäßige Verkaufen und Feilhalten von Butter, die weniger als 80 pCt. Fettgehalt, mehr als 16 pCt Wasser und mehr als 3 pCt. Salz hat, verboten sein soll. Schon in den Bauerwirtschaften werden teils aus Unvorsichtigkeit, teils aus betrügerischer Absicht enorme Mengen Wasser und Salz in die Butter gethan. Wollten Sie also den Betrug wie bei der Margarine, so auch bei der Butter hindern, so nehmen Sie unsern Antrag an. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Podbielski bezeichnet diesen Antrag als auf den ersten Blick sehr verlockend. Wer aber die Verhältnisse genauer kenne, merke sofort, daß durch seine Annahme die kleinen Landwirte geschädigt würden, die nicht die nötigen maschinellen Vorrichtungen zur Entfernung des überschüssigen Wasser- und Salzgehalts haben. Deshalb sei die Fassung der Regierungsvorzuziehen. Er habe sodann an die verbündeten Regierungen die Anfrage zu richten, ob die Vorschriften des Gesetzes auch auf die im Freihafengebiet von Hamburg hergestellte Faktoreibutter angewendet werden würden.

Direktor im Reichsamt des Innern Schroeder erwidert, es würde Sache des Staates Hamburg sein, die Ausführung dieser Bestimmung innerhalb des Hamburgischen Gebietes zu regeln. Das Gesetz selbst sei ein Reichsgesetz und gelte natürlich für das ganze Reichsgebiet.

Der Antrag Wurm wird abgelehnt, § 9 unverändert angenommen. — § 10 gelangt debattelos zur Annahme.

Den § 11, welcher die nicht zum Genusse für Menschen bestimmten Waren der im § 1 bezeichneten Art von den Vorschriften des Gesetzes ausnimmt, beantragt die Kommission zu streichen.

Geheimrat Bumm betont die Notwendigkeit der Beibehaltung dieser Bestimmung, ohne die es nicht möglich sein würde, Fette der bezeichneten Art zur Herstellung von Salben usw. zu verwenden. Er bitte, den § 11 wiederherzustellen.

§ 11 wird darauf mit großer Mehrheit angenommen.

§ 12 enthält die Strafbestimmungen für die Herstellung unzulässiger Mischungen, für den Verkauf solcher Mischungen und für Zuwiderhandlung gegen das Färbeverbot, und setzt Geldstrafe bis zu 1500 M. fest, im Wiederholungsfalle Gefängnisstrafe bis zu 6 Monaten, neben der die Geldstrafe bis zu 1500 M. ebenfalls verhängt werden kann.

Abg. Lenzmann (freis. Vp.) hält diese Strafen für zu hart. Bei Verstößen gegen ähnliche Gesetze seien viel mildere Strafen vorgesehen, so im Gesetz betr. den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen vom 14. Mai 1879.

Abg. Dr. Bachem (Z.) kann sich einen Erfolg von dem Gesetz nur versprechen, wenn auch entsprechende Strafen festgesetzt würden. Im Wiederholungsfalle scheine ihm dafür die Gefängnisstrafe durchaus gerechtfertigt.

Abg. Molkenbuhr (Soz.): Es ist charakteristisch, daß das Gesetz, welches so sehr gegen die Magarineverbreiter eifert, eine große Kategorie von Margarineverbreitern außer Acht gelassen. Das sind die Arbeitgeber, welche ihren Arbeitern für ein bestimmtes Quantum Arbeit ein Pfund Butter versprechen und ihnen dann betrügerischer Weise Margarine geben. Das kommt nicht selten vor, wie namentlich die landwirtschaftlichen Zeitungen festgestellt haben. Der landwirtschaftliche Arbeiter, der meist unter der Gesindeordnung steht, ist vollständig wehrlos gegen diesen Betrug. Deshalb beantragen wir, die Strafbestimmungen des § 12 auch gegen diese betrügerischen Margarineverbreiter anzuwenden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Lenzmann bleibt dabei, daß es hart sei, daß man einem Menschen wegen eines Verstoßes gegen ein solches Gesetz den Makel anheften wolle, eine Gefängnisstrafe verwirkt zu haben. Es scheine ihm, daß hier die einzelnen Abgeordneten nicht nach ihrer Ueberzeugung, sondern im Parteiinteresse handelten. (Oho! im Zentrum.) Mit milderen Strafen würde dasselbe erreicht werden.

Der Antrag Molkenbuhr wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt. § 12 unverändert angenommen.

Der Rest des Gesetzes wird debattelos angenommen. Ebenso die von der Kommission vorgeschlagenen Resolutionen: 1. betr. die amtliche Feststellung der Zulässigkeit von Fetten und Oelen zur Margarinefabrikation, 2. die Errichtung von staatlichen Untersuchungsanstalten zum Zwecke der allgemeinen Nahrungsmittel-Kontrollen, besonders aber zur Kontrolle von Molkereiprodukten, deren Ersatzmitteln und Kunstspeisefetten.

Damit ist die zweite Lesung der Margarinevorlage beendet.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Gesetz betreffend die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs; Novelle zum Gesetz über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften; Gesetz betr. den Tarif für den Kaiser-Wilhelm-Kanal.)

Schluß 5½ Uhr.

Deutsches Reich.

Berlin, 6. Mai. Das preußische Abgeordnetenhaus nahm am Mittwoch in zweiter Beratung die Kreditvorlage an, die außer dem Bau von Sekundärbahnen und Kleinbahnen auch die Forderung für die Errichtung landwirtschaftlicher Getreidelagerhäuser enthält. Natürlich ließen die Agrarier die günstige Gelegenheit nicht vorübergehen, das alte Klagelied von der Not der Landwirtschaft anzustimmen und über die vergnügungssüchtigen Arbeiter herzuziehen, die lieber in die Städte gehen, als auf dem Lande sich ausnutzen lassen, obgleich sie es doch dort nach Meinung jener „Notleidenden" so gut haben. Am Donnerstag steht der freikonservative Antrag auf der Tagesordnung, der sich mit den Verhältnissen der Angestellten in Ladengeschäften befaßt.

— Den Agrariern ist in Folge ihres Sieges in der Frage des Terminhandels mit Getreide der Kamm gewaltig geschwollen. Sie verkünden nicht nur jubelnd ihren Sieg und verhöhnen die armen Nationalliberalen, die einmal wieder das Opfer ihrer „Ueberzeugung" brachten, sie versuchen auch sofort einen weiteren Vorstoß. Sie wollen, wie die „Post" berichtet, bei der dritten Lesung der Börsenvorlage den Antrag im Reichstage einbringen, daß im Auslande erzielte Urteile in Prozessen, die sich aus Termingeschäften ergeben, im Inlande nicht vollstreckbar sind. Damit glaubt man, verhindern zu können, daß nach der Annahme des Verbotes des Terminhandels in Getreide und Mühlenfabrikaten sich das Spekulationsgeschäft nach ausländischen Plätzen zieht.

Ferner berichtet das genannte Blatt: Von der Ueberzeugung ausgehend, daß nach Annahme des Verbotes des Terminhandels in Getreide und Mühlenprodukten als ein weiterer wirksamer Schutz für die Landwirte das gleichlautende Verbot auch in anderen Ländern erlassen werden müßte, wird die konservative Partei dem Reichstage die folgende Resolution zur Annahme empfehlen:

„Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, mit denjenigen Staaten, in denen ein börsenmäßiger Terminhandel in Getreide und Mühlenfabrikaten besteht, wegen Untersagung dieses Handels in Verhandlung zu treten und über das Ergebnis dem Reichstage Mitteilung zu machen."

In anderen Staaten wird man es mit dem Verbot des Terminhandels wohl ebenso wenig eilig haben wie mit der Erfüllung der agrarischen Währungsträume.

— Einen Kolonialkrach in Deutschland signalisiert in der „Züricher Post" ein außerhalb des parlamentarischen Parteikampfes stehender Kenner der deutschen Kolonialverhältnisse:

„Die von Dr. Peters begründete „Deutschostafrikanische Gesellschaft ist mit ihren Mitteln nahezu fertig. Die sechs Millionen Mark, welche sie vom Reiche in der Form einer Anleihe erhalten hat, sind ziemlich aufgebraucht. Die Gesellschaft giebt sich daher in letzter Zeit wieder Mühe, neue Vorzugsanteilscheine unterzubringen, aber mit geringem Erfolge. Der Krach scheint deshalb fast unvermeidlich. Die „Deutschostafrikanische Gesellschaft" kann sich höchstens noch ein Jahr über Wasser halten, wenn sie von den früher begebenen Vorzugsanteilscheinen, von denen erst 25 pZt. bezahlt sind, die restlichen 75 pZt., im Ganzen 1 bis 1½ Millionen, einzieht. In einem Jahre aber werden auch die verwirtschaftet sein. Was dann? Diese Frage legt sich jedenfalls auch die deutsche Reichsregierung vor, die stark bei der „Deutschostafrikanischen Gesellschaft" engagiert ist. Wahrscheinlich wird sie in der nächsten Session mit neuen Forderungen im Interesse der genannten Gesellschaft an den Reichstag herantreten. Auch die bisherigen Aufwendungen sind ja größtenteils im Interesse der Kolonial-Gesellschaften gemacht worden."

Nachdem der Verfasser die einzelnen in Ostafrika wirkenden Gesellschaften aufgezählt, sagt er weiter: „Nicht eine einzige derselben hat bisher die ihr gestellte Kulturaufgabe erfüllt. Was in den amtlichen Denkschriften über die Fortschritte der Kolonie gesagt wird, ist Phantasie. Von den Gesellschaften hat bisher keine einzige eine Verzinsung ihres Kapitals erreicht. Im Gegenteil, die meisten haben ihre Kapitalien aufgebraucht. Das läßt man sich gefallen, so lange nur einige Großkapitalisten die Leidtragenden sind. Wird aber der Spargroschen des kleinen Mannes in Anspruch genommen, dann ist es höchste Zeit, dem Schwindel energisch entgegenzutreten. Die „Deutschostafrikanische Gesellschaft" hat bisher ihre Dividenden (5 pZt. für die Inhaber der Vorzugsanteilscheine) vom Kapital bezahlt. In dem Momente aber, wo das Kapital verbraucht ist, bleiben der Gesellschaft nur drei Wege: sie kann versuchen, neue Kapitalien aufzunehmen, oder sie liquidiert in allen Ehren, oder endlich sie sucht ihre Verluste auf fremde Schultern abzuwälzen. Neue Kapitalien aufzutreiben, wird ihr nicht gelingen. Liquidieren will die Gesellschaft nicht. Dann verlieren ihre Aktionäre ihr Geld."

Um sich aus der Schlinge zu ziehen, wird nach den Darlegungen in der „Züricher Post" eine große Schiebung geplant. Ein Syndikat hat sich gebildet für den Bau einer zentralafrikanischen Bahn, welches von der Regierung große Konzessionen verlangt und sich dafür verpflichtet, der „Deutschostafrikanischen Gesellschaft" alle Konzessionen, welche diese hat, für eine große Summe abzukaufen. An der Spitze der neuen Gesellschaft stehen dieselben Männer, welche die Leitung der „Deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft" in Händen haben. Die ganze Sache ist also unverkennbar eine großartige Schiebung. Auch über die Beschaffung der erforderlichen 30 Millionen Mark kann der Verfasser Mitteilung machen. Das Geld soll durch Ausgabe von kleinen Anteilscheinen, eventuell à M. 20, aufgebracht werden. „Diese Idee konnte — so erklärt der Artikel der „Züricher Post" — ein Finanzgenie ausgeheckt haben. Sie verspricht einen sicheren Erfolg, wenn nicht rechtzeitig vor dem Ankauf solcher Papiere gewarnt wird. Das Großkapital ist viel zu vorsichtig, um sich in Afrika irgendwie zu engagieren. Aber der Appell an den kleinen Sparer ist selten vergebens. Um so notwendiger ist eine rechtzeitige Warnung. Das Projekt des zentralafrikanischen Eisenbahnbaues ist eine spekulative Gründung, die dazu dienen soll, den bei der „Deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft" beteiligten Großkapitalisten ihr Geld zu retten. Die Unternehmer des Bahnprojektes wissen ganz genau, daß eine zentralafrikanische Bahn sich nie rentieren kann, und daß die Besitzer der Anteilscheine ihr Geld verlieren werden. Es wird vielleicht mit dem Bahnbau wirklich begonnen werden, aber ganz sicher kommt eines Tages der Krach. Die Großkapitalisten ziehen sich kaltblütig zurück, und die kleinen Leute können ihre Sparpfennige bejammern, die in die Taschen der Großen gewandert sind. Daß man die Regierung in dieser Sache als Aushängeschild benutzen will, ist ein so geschickter Kniff, daß die Aussichten auf Erfolg recht große sind. Wir halten es daher für unsere Pflicht, das deutsche Publikum vor diesem Unternehmen rechtzeitig zu warnen. Wir wollen, so viel an uns liegt, ein deutschkoloniales Panama zu verhindern suchen."

— Schöne Worte von der Pflege der Kunst hat der preußische Kultusminister Dr. Bosse am Sonntag bei Gelegenheit der Eröffnung der internationalen Kunstausstellung gesprochen. Er bemerkte u. a.:

„Unsere gesamte Kultur ist durch tausend geheimnisvolle Fäden eng verknüpft mit der geistigen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Vaterlandes, auf dessen Boden sie erwachsen ist und dessen Eigenart sich in ihr widerspiegelt. Dies gilt in vollem Maße auch von der Kunst und in diesem Sinne dürfen wir mit gerechtem Stolze auf unsere vaterländische Kunst blicken. Neidlos aber freuen wir uns jedes wahren Kunstwerkes und jedes großen Künstlers, welcher Nation er auch angehören möge, und dankbar begrüßen wir die fremden Künstler und ihre Werke, die gern und freudig auch an unserer Jubiläumsausstellung sich beteiligt haben. Das Vertrauen, mit dem sie zu uns gekommen sind, wird nicht getäuscht werden. Es ist unsere Ehre und unser Stolz, daß in unserem Vaterlande jedes künstlerische Können, es mag auf einem Boden erwachsen sein, wo immer es sei, mit dankbarem und gerechtem Blick die verdiente Würdigung findet. So ist's im deutschen Lande und in Preußen von jeher gehalten worden; so ist es heute noch und so wird es mit Gottes Hilfe auch in aller Zukunft bleiben."

Wir glauben, daß es dem Minister Dr. Bosse in dem Moment der Begeisterung, der die Rede zeitigte, durchaus ernst gewesen ist mit seinen Worten. Aber über das, was ist, hat er sich doch ganz gewaltig getäuscht. Man muß annehmen, daß im preußischen Staatsministerium thatsächlich die rechte Hand nicht weiß, was die linke thut, und daß z. B. Herr Dr. Bosse sich niemals um die weltgeschichtlichen Thaten seines Kollegen vom Ressort des Innern gekümmert hat, sonst müßte er doch von Herrn v. Köllers großartigen Erfolgen bei der Umsturzbekämpfung wissen, der die Kunst dadurch pflegte, daß er unsterbliche Kunstwerke von Freiligrath und Gottfried Keller aus seinem Zitatensack als Beweismaterial für die Notwendigkeit des Umsturzgesetzes hervorholte. Dann müßte Herr Dr. Bosse auch Kenntnis haben von der „staatserhaltenden" Thätigkeit der polizeilichen Theaterzensur, die den besten Dichtern unserer Zeit, welche die engste Fühlung mit der geistigen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Vaterlandes haben, den Weg zur Bühne, wo sie ihr Kunstwerk zum Volk reden lassen können, versperrt. Es wäre sehr zu wünschen, daß der Kultusminister sich ernstlich bemühen würde, seinen Worten baldigst die That folgen zu lassen, damit die Kunst wenigstens der Polizeischeerereien ledig würde. Sie hat an den Fesseln des Kapitalismus allein schon schwer genug zu tragen.

Würzburg. Einen interessanten Beitrag zum Duellwesen bringt das „Fränk. Volksbl." Das Ehrengericht des Offizierkorps beim Landwehrbezirkskommando Würzburg hatte einen katholischen Rechtspraktikanten, der zugleich Reserveoffizier ist, zur Annahme eines Säbelduells „verurteilt". Wie das Blatt nun berichtet, war der Vorsitzende dieses Ehrengerichts ein kgl. bayerischer Staatsanwalt! Also ein Beamter, dazu berufen, den Gesetzen Achtung zu verschaffen, trägt in entscheidender Stellung dazu bei, einen Mann wider dessen Willen zur Verletzung der Gesetze zu zwingen. Man greift sich unwillkürlich an den Kopf und fragt sich verwirrt, in welcher verkehrten Welt wir denn eigentlich leben? Dieser Staatsanwalt wird vor Gericht sich zweifellos als Schützer von „Recht und Sitte" fühlen. Das „Fränk. Volksbl." sollte seinen Namen, den es zu kennen vorgiebt, der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten, damit bei seinen Plaidoyers nicht nur die Auguren lächeln.

Aus dem Auslande.

Oesterreich-Ungarn. Wien, 6. Mai. Heute fand wieder Bürgermeisterwahl statt. Anwesend waren 136 Gemeinderäte; zwei antisemitische Gemeinderäte waren entschuldigt. Bei der Wahl entfielen 94 Stimmen auf den antisemitischen Lehrmittelhändler Strobach und 42 auf den Liberalen Dr. Gruebl. Strobach erklärte, die Wahl anzunehmen. Seine Wahl, sagte er, sei unter eigentümlichen Verhältnissen erfolgt, weil die Wahl Desjenigen, an dem das Wiener Volk unbedingt festhalten werde, die kaiserliche Bestätigung nicht erlangt hätte. Wenn er die Wahl annehme, so geschehe dies blos aus Parteitreue und aus Freundschaft für Dr. Lueger, dem er, sobald die Zeit dazu gekommen wäre, Platz machen werde. Die Rede wurde von der Majorität mit Hochrufen aufgenommen. Vor dem Rathause war nur eine geringe Menschenmenge angesammelt, die Hochrufe auf Strobach und Lueger ausbrachte.

England. Die Maifeier in London hatte sehr unter

dem Einflusse der schlechten Witterung zu leiden. Doch trotz Kälte, Regen und Wind hatten sich im Hydepark in London am 1. Mai etwa 15 000 Arbeiter — Engländer und Ausländer — eingefunden, um zu demonstrieren. Alle Gruppen und Richtungen der vorgeschrittenen Arbeiterbewegung waren auf den Tribünen vertreten. Die deutsche Sozialdemokratie war unter den 42 Rednern durch F. Lessner und E. Bernstein repräsentiert. Den Anarchisten hatte das Organisationskomitee eine besondere Plattform eingeräumt. Die im Hydepark auf den fünf sozialistischen Tribünen zur Abstimmung gebrachte Resolution besteht aus zwei Teilen und lautet: „1. Diese Arbeiter-Massenversammlung sendet den an diesen Tagen versammelten Kameraden allerorts die brüderlichen Grüße und bekräftigt mit ihnen den festen Entschluß, auf den Sturz des Lohnsystems und des Kapitalismus hinzuarbeiten und durch vereintes Bemühen jene internationale genossenschaftliche Gemeinschaft zu errichten, in welcher alle Produktionsmittel von organisierten Gemeinschaften geeinigt und kontrolliert werden und allen Angehörigen gleiche Möglichkeit geboten wird, ein gesundes, glückseliges, menschenwürdiges Leben zu führen." „2. Dieses Meeting erhebt fernerhin die Forderung auf unverzügliche Einführung des Allgemeinen Stimmrechts für alle Erwachsenen, des Stichwahlsystems, der Bezahlung von Diäten und amtlichen Wahlkosten, eines gesetzlichen Achtstundentages und der unentgeltlichen Speisung aller die Gemeindeschulen besuchenden Kinder, als Mittel zur friedlichen Durchführung ihrer ökonomischen Befreiung und zur Gegenwehr gegen die schreckliche physische Verkümmerung unserer Klasse."

Transvaal und die Chartered-Company. Es ist jetzt gelungen, den Text der bei Jameson vorgefundenen Geheimdepeschen, die zwischen Jameson und dem Premierminister der Kapkolonien, Cecil Rhodes, gewechselt worden sind, zu entziffern. Aus den bisher veröffentlichten geht die Mitschuld des Cecil Rhodes an dem Freibeuterzug Jamesons unwiderleglich hervor. Weitere noch andere Persönlichkeiten schwer belastende Depeschen, heißt es, habe Präsident Krüger noch im Rückhalt. Die Folge von diesen unerwarteten Enthüllungen war zunächst, daß Chamberlain einen sehr bescheidenen Ton anzuschlagen angefangen hat. Ferner wird wohl der Rücktritt des Herrn Cecil Rhodes kaum zu umgehen sein. Er soll laut Standard telegraphisch erklärt haben, daß er sich ganz zur Verfügung Chamberlains stelle, auch habe er seine Demission als Mitglied des Geheimen Rates angeboten. Das Anerbieten des Leiters der Chartered Company dürfte kaum angenommen werden, da angeblich sein Rücktritt in diesem Moment ernste Folgen haben könnte. Doch ist darüber noch nichts entschieden. Morgen wird Chamberlain den Beschluß des Kabinets mitteilen. Die Radikalen treten lebhaft für die Annahme der Demission ein, weil andernfalls ein Einvernehmen mit Transvaal ausgeschlossen wäre. Dagegen suchen die an den südafrikanischen Unternehmungen beteiligten Personen den Rücktritt des Herrn Rhodes zu verhüten. In gleichem Sinne lauten auch die Zuschriften an die Blätter aus den Kreisen der Aktionäre, die Verwahrung dagegen einlegen, daß ohne Rücksicht auf ihre Wünsche eine Entscheidung gefällt werde; sie weisen außerdem darauf hin, daß die Company in diesem Augenblicke der finanziellen Hilfe des Herrn Rhodes nicht entbehren könne. Die nächste Zeit wird ja wohl die Entscheidung bringen; jedenfalls hat sich gezeigt, daß der besonnene Krüger ein weit geschickterer Staatsmann ist als der großmäulige Chamberlain.

Partei-Nachrichten.

An den nächsten Internationalen Arbeiterkongreß werden sich voraussichtlich mehrere Gewerkschaftskongresse anreihen. Wie mitgeteilt wird, beabsicht die englische Allgemeine Müllergewerkschaft (Millers National Union), einen internationalen Kongreß von Arbeiterdelegierten des Müller- und Bäckergewerbes zu veranstalten.

Vom Gewerkschaftskongreß.

Berlin, 6. Mai.

Nach langen zweitägigen Debatten erklärte sich der Kongreß in namentlicher Abstimmung mit 131 gegen 5 Stimmen prinzipiell mit einer zusammenschließenden Vertretung sämtlicher Gewerkschaften einverstanden. Dagegen stimmten Reuß, Simon, Kölle und Hammacher (Schuhmacher) sowie Gemoll (Metallarbeiter). Damit ist der Bestand der Generalkommission im Prinzip gesichert.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

Bielefeld, 7. Mai.

— **Eine Versammlung** des „Vereins zur Wahrung geschäftlicher Interessen", zu welcher auch Nichtmitglieder Zutritt hatten, tagte am Montag im Lokale des Herrn Modersohn. Der Zweck dieser Versammlung war, Protest zu erheben gegen den Gesetzesvorschlag der Reichskommission für Arbeiterstatistik, nach welchem die Ladengeschäfte abends 8 Uhr geschlossen werden sollen. Der Vorsitzende, Herr C. U. Meyer, brachte den Gesetzentwurf zur Verlesung und bat, energisch gegen diese Bevormundung des Mittelstandes Stellung zu nehmen. Eine Reihe Redner sprachen sich gleichfalls gegen den Entwurf aus, auf die Polizeiaufsicht usw. hinweisend. Hervorragend beteiligte sich an der Debatte unser Genosse Zigarrenhändler Schreck. Derselbe sprach für Schaffung eines derartigen Gesetzes. Eingehend behandelte er die moderne sozialpolitische Gesetzgebung. Diese Vorlage sei eine Konsequenz derselben. Herr Handelskammersekretär Dr. Kandt sprach gegen den Entwurf; derselbe sei zu schablonenhaft. Mißstände im Handelsgewerbe erkenne auch er an. Durch verschiedene Aeußerungen der einzelnen Redner bekam Genosse Schreck Gelegenheit, das Interesse der Angestellten für die Schaffung derartiger Gesetze klarzulegen. Besonders polemisierte er gegen Dr. Kandt, der geäußert hatte, ein sozialer Unterschied zwischen Prinzipal und Angestellten sei nicht vorhanden und sei selbst von gewissen Parteien nicht herbeizuführen. Gleichfalls weist Schreck die Anschauung zurück, daß die Angestellten ihre freie Zeit dann im Wirtshause tot schlagen würden. Wenn die Ladeninhaber keinen uniformierten Vormund wünschten, so verzichteten die Angestellten auf solche Vormünder aus den Reihen der Prinzipale, welche sich verpflichtet fühlten, sie vor sittlichem Schaden zu bewahren. Der Entwurf wollte im Interesse der Angestellten etwas thun, mehr als das Vorgeschlagene erwarte er nicht von der Gesetzgebung, und sei er daher für prinzipielle Annahme des Entwurfs. — Nach längerer Diskussion wird mit allen gegen zwei Stimmen eine Resolution der Berliner Kaufleute zur Bekundung des Protestes angenommen.

Darfeld, 4. Mai. Am Freitag, 1. Mai, wurde hier der Müllerlehrling des Herrn Tenholt in Höpingen von einem Windmühlenflügel so unglücklich erfaßt, daß er eine Strecke weit fortgeschleudert wurde und schwere Verletzungen davontrug.

Werdohl, 30 April. Auf der Bahnstrecke Hagen-Hohenlimburg fand ein Weichensteller in verflossener Woche ein kaum achttägiges Kind. Die Vermutung, daß das Kind ausgesetzt sei, hat sich bestätigt. In Eveking wurde die unnatürliche Mutter entdeckt und in das Altenaer Gerichtsgefängnis gebracht.

Lippstadt, 5. Mai. Gestern verunglückte hierselbst in dem am sogenannten Dielenpfade belegenen Graben das 5jährige Töchterchen des Fabrikarbeiters Buschkühler. Dasselbe wurde gegen Mittag von einem vorübergehenden Brauer aufgefunden. Die angestellten Lebensversuche blieben leider erfolglos. Wie das Kind in den Graben hineingeraten, ist nicht bekannt. — An demselben Tage fiel hierselbst der Maurer F. Sch. von einem Gerüst, worauf er schwer verletzt aufgehoben und fortgeschafft wurde.

Witten, 4. Mai. 5480 Personen haben in der hiesigen Gemeinde ihren Austritt aus der Landeskirche angemeldet. Den Grund dazu gaben Streitigkeiten, die in der Gemeinde des Pastors Birkenhof herrschten.

Solingen, 4. Mai. Vollständig überraschend kommt die Nachricht, daß in morgiger Stadtverordnetensitzung Herr Bürgermeister Haumann sein Amt niederlegt, um die Direktorstelle beim Rheinbrückenbau Düsseldorf mit 20 000 Mk. Gehalt zu übernehmen. Hier bezog Herr Bürgermeister Haumann 12 000 Mk. Gehalt und sollte in den nächsten Monaten zum Oberbürgermeister ernannt werden. (B. Z.)

Barmen, 4 Mai. Der Riemenanschläger Weigand hat gestern Morgen seine Frau durch Beilhiebe schrecklich zugerichtet. Es ist kaum zu erwarten, daß sie am Leben bleibt. Der 46jährige Mordgeselle, ein Trunkenbold, ist flüchtig.

Recklinghausen, 4. Mai. Samstag Nachmittag machte der Bergmann W. hierselbst seinem Leben durch Erhängen ein Ende. — Spitzbuben statteten in der vergangenen Nacht einer in der Nähe der Stadt liegenden Weide einen Besuch ab und schlachteten die in derselben weilende Kuh des Herrn B. an Ort und Stelle ab. Das Fleisch nahmen dieselben mit nach Hause. Von den Thätern fehlt bis jetzt noch jede Spur.

Gerichtliches.

** **Bielefeld,** 6 Mai. Strafkammer. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Löher, Vertreter der Staatsanwaltschaft: Herr Staatsanwalt Holle. — Der Arbeiter Fritz Theodor Stellbrink zu Bielefeld hat am Sonntag, den 5. Januar, am Altenschildeschenweg in der Nähe der P.schen Wirtschaft aus ganz nichtigen Anlässen auf mehrere Personen in ganz unverantwortlicher Weise mit dem offenen Messer losgeschlagen und denselben mehrere Wunden beigebracht. Der Gerichtshof erkennt gegen den Messerhelden auf 1 Jahr und 3 Monate Gefängnis. — Der Heizer Heinrich Nolting zu Herford war von der hiesigen Strafkammer am 4. September v. Js. wegen Beihilfe zur Körperverletzung zu 6 Monat Gefängnis verurteilt worden. Auf Grund des Wiederaufnahmeverfahrens kam die Sache heute noch einmal zur Verhandlung. Da der Hauptbelastungszeuge wenig Glauben erweckte, so wurde der Angeklagte heute freigesprochen. Die dem Angeklagten erwachsenen Kosten, darunter die der Verteidigung, wurden sogar der Staatskasse auferlegt. — Der Milchkutscher Gustav Dreyer zu Schötmar, früher zu Herford wohnhaft, ist geständig, seinem Dienstherrn dem Kolon Richter zu Herford, nach und nach 550 Mark Milchgelder unterschlagen resp. veruntreut zu haben. Er erhielt mit Rücksicht auf die schwere Schädigung, die er seinem Prinzipale zugefügt, 6 Monate Gefängnis. — Der wegen Körperverletzung vorbestrafte Arbeiter Heinrich Eckhoff zu Herford war vom dortigen Schöffengericht am 4. März d. Js. wegen roher Mißhandlung seiner Ehefrau zu 3 Monat Gefängnis verurteilt worden. Die Berufung des Angeklagten wurde heute in der Berufungsinstanz als unbegründet verworfen. — Der Handarbeiter Gustav Brindöpke von hier, zur Zeit in Dortmund wohnhaft, war vom Schöffengericht zu Bielefeld wegen Unterschlagung mit 30 Mark bezw. 6 Tagen Gefängnis bestraft worden. Es wurde heute in der Berufungsinstanz das erste Urteil aufgehoben und auf Freisprechung des Angeklagten erkannt, weil ihm das Bewußtsein einer rechtswidrigen Absicht nicht nachgewiesen werden konnte. — Wegen Urkundenfälschung (Vergehens gegen den Personenstand) stand unter Anklage der Messerschmied Friedrich Müller aus Minden. Da ihm das Bewußtsein gefehlt, daß seine Angaben eine unrechte That gewesen, mußte auf seine Freisprechung erkannt werden.

** **Bielefeld,** 6. Mai. Schöffengericht. Den Vorsitz führte Amtsgerichtsrat Nottarp. — Der Kaufmann Louis Wiese von hier hatte goldene Damenuhren dem Reichsgesetz vom 16. Juli 1884 entgegen in seinem Lokale zum Verkaufe ausgelegt, auf welchen nicht das Feingehalt in Tausendteilen angegeben war, sondern nur die alte Bezeichnung nach Karat. Es wurde gegen ihn auf eine Geldstrafe von 10 Mk. ev. auf 2 Tage Haft erkannt. Die Uhren blieben zum Zwecke der Entfernung der alten Bezeichnung noch ferner beschlagnahmt. — Der Bäcker und Kleinhändler Heinrich Pieper gen. Herold zu Theesen 46, welcher wegen unbefugten Betriebes der Schankwirtschaft wiederholt vorbestraft ist, wurde wegen gleichen Vergehens zu 180 Mk. Geldstrafe bezw. 36 Tagen Haft verurteilt. — Der Arbeiter Heinrich Grothaus zu Bielefeld, Rolandstraße 36, hat sich in den letzten drei Monaten vor Erhebung der Anklage dergestalt dem Trunke und Müssiggange ergeben, daß seine Familie aus Armenmitteln Unterstützung empfangen. Er erhielt wegen Müssigganges 1 Woche Haft. — Der vorbestrafte Maurer Hammerich zu Osnabrück, früher zu Bielefeld, hat sich am 10. September 1893 dem Wachtmeister Schröder I hierselbst, der ihn verhaften wollte, widersetzt und denselben öffentlich beschimpft. Er wird wegen Widerstandes und Beamtenbeleidigung zu 16 Tagen Gefängnis verurteilt. Zu gleicher Zeit wurde wegen der geschehenen öffentlichen Beleidigung die Publikationsbefugnis ausgesprochen. — Der Maler und Lackierer Hermann Kortelmeier von hier, jetzt zu Uana, ist angeschuldigt am 30. November v. Js. zu Bielefeld einem Schauspieler einen Reisekoffer mit Inhalt gestohlen zu haben. Er wird, obschon er leugnet, überführt und wegen Diebstahls mit 12 Tagen Gefängnis bestraft. — Die Ehefrau des Handelsmann Schöpper zu Bielefeld erhielt wegen Gewerbesteuerkontravention 20 Mk. Geldstrafe bezw. 4 Tage Haft. — Wegen vorsätzlicher Körperverletzung stand unter Anklage der Fabrikarbeiter Heinrich Funke zu Bielefeld. Der Gerichtshof hält ihn in 4 Fällen für überführt und erkennt auf 4 Wochen Gefängnis. Zwei andere Mitangeklagte werden freigesprochen. — Von den andern Sachen wurden drei vertagt, in einem Falle wurde auf Freisprechung erkannt.

Vermischtes.

Durch den Zusammenstoß zweier Motorwagen auf der Waldstrecke der Aachener Kleinbahn wurden am Sonntag acht Personen lebensgefährlich verletzt. Das Unglück ist dadurch verursacht worden, daß der Führer des thalabwärts fahrenden, stark besetzten Wagens diesen verlassen und den Fährerhebel mitgenommen hatte. Der Schaffner löste den Bewegungsmechanismus, worauf der Wagen die stark abfallende Strecke hinabsauste und auf einen anderen Motorwagen stieß.

Gera (Reuß), 4. Mai. Der Dichter Julius Sturm ist am Sonnabend in Köstritz gestorben.

Seine amtliche Beteiligung an der Weltausstellung in Brüssel 1897 hat Deutschland zugesagt.

Die drei russischen Grenzsoldaten, welche in der Nacht zum 12. Oktober 1895 im preußischen Grenzort Studzinice die Gastwirtsfrau Warzykiewicz und deren Dienstmädchen ermordet, die Leichen mit Petroleum begossen und angezündet hatten, eine Tochter der Gastwirtsfrau schwer verletzten und schließlich 1800 M. raubten, wurden gestern vom Kriegsgericht in Kalisch abgeurteilt. Wie von dort telegraphisch gemeldet wird, wurden die Mörder zum Tode verurteilt.

Sosnowice, 5. Mai. In einer einer Aktiengesellschaft gehörigen Grube in Niemce ist ein allgemeiner Streik ausgebrochen. Bergarbeiter versuchten, die Grube durch Abstellung der Wasserhaltungsmaschine zu ersäufen und drangen auf den Steiger ein, welcher das verhinderte und zwei Angreifer erschoß. Die hierdurch wütend gemachte Menge erschlug darauf den Steiger mit Keilhauen.

Paris, 27. April. Der unausrottbare Zopf in der Verwaltung hat wieder einmal ein Schildbürger-Stückchen aufzuweisen, das in den Annalen der menschlichen Dummheit verzeichnet zu werden verdient. Vor einigen Tagen brach in dem Vorort Neuilly, hart an der Pariser Ringmauer, ein großes Schadenfeuer aus, das so bedenkliche Proportionen anzunehmen drohte, daß die dortige Feuerwehr, die mit wahrem Heldenmut arbeitete, sich gezwungen sah, die Pariser Löschmannschaft telephonisch herbeizurufen. Diese leistete der Aufforderung unverzüglich Folge, und wenige Minuten später rasten etliche Dampfspritzen und Gerätewagen die Avenue de la Grande-Armee entlang bis zur Porte Maillot, aber nicht weiter. Hier wurden die Pariser Löschmänner nämlich von den Octroibeamten aufgehalten, die, gestützt auf eine Vorschrift, die Vorweisung der Erlaubnis des Seinepräsidenten verlangten. An die hatten die wackeren Pompiers in der Eile allerdings nicht gedacht, und so mußten sie durch das Gitter des Pariser Octrois hindurch zusehen, wie ihre Kameraden von Neuilly das verheerende Element einzudämmen suchten. „Alles gerettet", wie ein zu trauriger Berühmtheit gelangtes geflügeltes Wort besagt: die zwei Häuser sind zwar total abgebrannt, aber das Reglement ist glücklicher Weise nicht übertreten worden. Das Gegenteil hätte die unheilvollsten Folgen nach sich ziehen können. So geschehen in der Stadt-Leuchte im Jahre 1896! — Da hört sich die Gemütlichkeit denn doch auf!

Cincinnati, 5. Mai. Im mittlern Stadtteil wurde ein Haus durch eine Gasexplosion zerstört. Sechs Personen wurden getötet, fünf verwundet. Man befürchtet, daß unter den Trümmern des Hauses noch viele Personen verschüttet sind.

Quittung.

Für die im Ausstande befindlichen Arbeiter gingen ein:

Bereits quittiert	19545,05 M.
Aus Altona	—,30 „
Von der „Leipziger Volkszeitung", Leipzig	9,05 „
Summa	19554,40 M.

Weitere Beiträge sind dringend notwendig.

Bruno Schumann, Vorsitzender des Gewerkschaftskartells.

Briefkasten der Redaktion.

H. K., Bürgerweg. Das wissen wir nicht. Erkundigen Sie sich bei einem Transportgeschäft.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Inserate werden nur gegen Barzahlung aufgenommen.

Sozialdemokratischer Verein
für Bielefeld und Umgegend.
Sonnabend, den 9. Mai, abends 8½ Uhr:
Mitglieder-Versammlung
in der **Central-Halle** am Kesselbrink.

Tagesordnung: 1. Hebung der Beiträge. 2. Vortrag des Genossen **Hoffmann** „Die Erfüllung der Wünsche unserer Agrarier. 3. Beratung über die Erhöhung der Maximalgrenze der Beiträge. 4. Entgegennahme von Anträgen.

Zahlreichen Besuch erwartet [1193

Der Vorstand.

NB. Die Verteilung der Broschüren wird in dieser Versammlung fortgesetzt und bitten wir die Mitglieder, selbige in Empfang zu nehmen.

Billigste, jedoch feste Preise! Streng reelle koulante Bedienung.

Lieferung ganzer Brant-Ausstattungen.

Großes Lager Herren- und Damenwäsche, Korsetts, Handschuhe, Schlipse 2c.

Gebr. Gottschalk

Niedernstraße 29. En gros. **Bielefeld.** En detail. Niedernstraße 29.

Gelegenheitskauf.

Vereint mit unsern Filialen bot sich uns durch besonders großen

Masseneinkauf in Damenkonfection

die Gelegenheit zu ganz **aussergewöhnlich billigem Einkauf**, und empfehlen wir die schönsten, neuesten und modernsten Sachen in

Capes, Kragen, Umhängen, Jacketts, Regenmänteln, Promenades, Staubmänteln 2c.

zu **staunend billigen Preisen.**

Gebr. Gottschalk.

1192

Faltenhemden, Vorhemden, Kragen, Manschetten.

Sonnabend, den 9. Mai, abends 8½ Uhr:

Oeffentliche Versammlung

der Klempner von Bielefeld und Umgegend

im Lokale des Herrn **R. Kahl**, am Kesselbrink.

Tagesordnung im Lokal. Sämtliche Kollegen werden dringend gebeten, zu erscheinen. [1194*

Der Einberufer.

Verband deutscher Schneider u. Schneiderinnen, Bielefeld.

Sonntag, den 10. Mai,

im Lokale des Herrn Israel (Centralhalle) Kesselbrink

Großes Sommer-Fest

bestehend in [1197

Theater und Ball.

Zur Aufführung gelangt:

Ein Strafrapport oder der Einjährig-Freiwillige.

Lustspiel in einem Akt und zwei Aufzügen von Sommer.

Entree für Herren 0,50 Mk., für Damen 0,25 Mk.

Anfang 4 Uhr, Ende nachts.

Sämtliche Gewerkschaften werden hierzu freundlichst eingeladen.

Das Fest-Komitee.

Oeffentliche Volksversammlung

am Sonntag, den 10. d. M., nachmittags 5 Uhr,

auf der Deele des Kolon **Waterbör** gen. **Sievecke,**

Sieker Nr. 45.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Redakteur **C. Hoffmann** über: „Die aufsteigende Geschäftskonjunktur und die Arbeiterbewegung." 2. Diskussion.

Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht [1191

Der Einberufer.

Kochmaschinen

in **größter Auswahl, feinster Ausführung,** bei **vorzüglichster Qualität, empfiehlt zu billigsten Preisen.** [1120

Adolf Heine.

Gebrauchte Herde gebe zu jedem annehmbaren Preise ab.

Vereins-Nachrichten.

Buchbinder-Verband Sonnabend den 9. d. Mts., abends ½9 Uhr, Versammlung bei Rolfsmeyer, Ritterstraße.

Vereinigung aller in der Schmiederei beschäftigt. Personen. Sonntag, den 10. d. M., vormittags 10 Uhr, Mitgliederversammlung in der Centralhalle.

Verband der Schneider und Schneiderinnen. Montag, den 11. d. Mts, abends 8½ Uhr Versammlung in der Centralhalle

Verein deutscher Schuhmacher Montag, den 11. d. M., abends 8½ Uhr, Versamml. bei Menke, Siekerstraße.

Kinder-Ausstattungen

als [776



Hemdchen, Jäckchen, Wickelbänder, Wickeltücher, Kindertücher, Taufkleidchen, Woll-, Kattun- u. Barchend-Kleidchen, Tragröcke, Steckkissen, Taufhäubchen und Hütchen, Lätzchen, Taillenbändchen, Korsettchen, Kinderschürzen. Wasserdichte Betteinlagen Gesundheits-Korsetts, Wagendecken Zahnhalsketten 2c. äußerst billig im

Baby-Bazar

Herm. Sauerland,

15 Gehrenberg 15.

Kautschuk-Stempel

liefert in jeder Größe und feinste Ausführung billigst die

Buchhandlung der „Volkswacht".

Junge Leute erhalten [1196*

Kost und Logis

Altenschildescherweg 47.

Ganz Bielefeld ist aufgeregt

darüber, wie es nur möglich ist, für einen solchen Spottpreis wirklich gute und dauerhafte Kleidungsstücke abzugeben.

Ein jeder staunt darüber

und schüttelt ungläubig den Kopf, — wie ist es nur möglich, —

so unglaublich billig gute Garderoben

was aber auch das Publikum und der täglich sich steigernde Andrang beweist — weil jeder Käufer weiter empfiehlt und alles hinläuft

in die berühmte goldene 8,

welche es sich zur Aufgabe gestellt hat, selbst den weniger Bemittelten gute Kleider für wenig Geld zu geben, —

aber aufgepaßt, nur 8 Ulmenstr. 8,

damit niemand Schaden leidet an seinem Geldbeutel und anderweitig übervorteilt wird beim Einkauf von

Herren- und Knaben-Garderoben,

die man hier **viel billiger als in jedem andern Geschäft Bielefelds** erhält.

Knaben-Anzüge für jedes Alter in größter Auswahl } von 3 Mk. an.

Knaben-Leibchenhosen in vielen Dessins. } von 1 Mk. an.

Schal-Anzüge unverwüstlich in der Haltbarkeit } von 3½ Mk. an.

Joppen- u. Lüstre-Jacketts in allen Farben und Größen auch für die stärksten Herren } von 2 Mk. an.

Blaue, schwarze und braune **Kammgarn- u. Cheviot-Anzüge** eleganter Sitz und Façon, von 13 Mk. an.

Hochelegante **Sommer-Palotots** für Herren, in großartiger Auswahl von 15 Mk. an.

Schlosser-, Maschinenbauer-, Maler- und Arbeiter-Kleidung zu unerreicht billigen Preisen.

Goldene 8 in Bielefeld

einzig und allein 8 Ulmenstraße 8. [1195

Billigste und reellste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.